

### Beschlussempfehlung

Ausschuss  
für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Hannover, den 14.10.2016

- a) **Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Ausbildungsverkehre in Niedersachsen und zur landesrechtlichen Ersetzung der Ausgleichsregelung gemäß §§ 45 a, 64 a Personenbeförderungsgesetz durch die Zusammenführung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung bei den kommunalen Aufgabenträgern sowie zur finanziellen Unterstützung für Mobilitätsverbesserungen und zur Weiterentwicklung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs in den Kommunen und zur landesrechtlichen Ersetzung der Ausgleichsregelung §§ 6 a, 6 h Allgemeines Eisenbahngesetz**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

- b) **Schülerverkehr bezahlbar halten, den ÖPNV für alle sichern - Mittel für die Schülerbeförderung im ÖPNV rechtssicher verstetigen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5136

Berichterstatterin: Abg. Gabriela König (FDP)

(Es ist ein schriftlicher Bericht zu dem Gesetzentwurf vorgesehen.)

Der Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr empfiehlt dem Landtag,

1. den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836 - mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen anzunehmen,
2. den Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5136 - abzulehnen sowie
3. die in die Gesetzesberatungen einbezogene Eingabe 02838 für erledigt zu erklären.

Karl-Heinz Bley  
Amtierender Vorsitzender

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit  
und Verkehr

### Gesetz

zur Sicherung der Ausbildungsverkehre in Nieder-  
sachsen und zur landesrechtlichen Ersetzung der  
Ausgleichsregelung gemäß §§ 45 a, 64 a Personen-  
beförderungsgesetz durch die Zusammenführung  
von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung bei den  
kommunalen Aufgabenträgern  
sowie  
zur finanziellen Unterstützung für Mobilitätsverbes-  
serungen und zur Weiterentwicklung des straßenge-  
bundenen öffentlichen Personennahverkehrs in den  
Kommunen  
und  
zur landesrechtlichen Ersetzung der Ausgleichs-  
regelung §§ 6 a, 6 h Allgemeines Eisenbahngesetz

#### Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes

Das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz in der  
Fassung vom 28. Juni 1995 (Nds. GVBl. S. 180), zuletzt  
geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 28. Oktober  
2009 (Nds. GVBl. S. 366), wird wie folgt geändert:

### Gesetz

zur Neuregelung der \_\_\_\_\_ Ausgleichszahlun-  
gen für Auszubildende im \_\_\_\_\_ öffentlichen  
Personennahverkehr und zur \_\_\_\_\_ Ersetzung  
bundesrechtlicher Ausgleichsvorschriften

#### Artikel 1

Änderung des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes

Das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz  
\_\_\_\_\_ vom 28. Juni 1995 (Nds. GVBl. S. 180), zu-  
letzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom  
28. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 366), wird wie folgt ge-  
ändert:

#### 0/1. § 4 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Die Aufgabenträger sind

1. zuständige Stelle im Sinne des § 4 Satz 2  
des Regionalisierungsgesetzes (RegG) vom  
27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395),  
zuletzt geändert durch Artikel 2 des Geset-  
zes vom 15. Dezember 2015 (BGBl. I  
S. 2322), für die Sicherstellung einer aus-  
reichenden Verkehrsbedienung im öffentli-  
chen Personennahverkehr und
2. zuständige Behörde im Sinne des § 8 a  
Abs. 1 Satz 3 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in der Fassung vom  
8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt ge-  
ändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom  
29. August 2016 (BGBl. I S. 2082),

in Verbindung mit der Verordnung (EG)  
Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments  
und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öf-  
fentliche Personenverkehrsdienste auf Schie-  
ne und Straße und zur Aufhebung der Ver-  
ordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG)  
Nr. 1107/70 des Rates (ABl. EU Nr. L 315  
S. 1).“

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit  
und Verkehr

1. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„2. 11,70393 vom Hundert dem Zweckverband „Großraum Braunschweig“; abweichend davon in 2017 9,58489 vom Hundert, in 2018 10,33489 vom Hundert und in 2019 11,08489 vom Hundert, wobei die Mittel bis zum 31.12.2026 außer für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr auch für die Zwecke nach § 7 Abs. 7 verwandt werden dürfen und“

1. § 7 erhält folgende Fassung:

**„§ 7  
Finanzierung**

**(1) <sup>1</sup>Von den Finanzmitteln, die dem Land nach dem Regionalisierungsgesetz zustehen, erhalten als Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs (§ 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 2)**

**1. 12,27771 vom Hundert als Finanzhilfe die Region Hannover,**

**2. 11,70393 vom Hundert als Finanzhilfe der Zweckverband „Großraum Braunschweig“; abweichend davon im Jahr 2017 9,58489 vom Hundert, im Jahr 2018 10,33489 vom Hundert und im Jahr 2019 11,08489 vom Hundert, wobei die Finanzmittel bis zum 31. Dezember 2026 außer für Leistungen im Schienenpersonennahverkehr auch für die Zwecke nach \_\_\_\_\_ Absatz 7 verwendet werden dürfen, und**

**3. 42,90082 vom Hundert das Land,**

**soweit der Aufgabenträger jeweils einen entsprechenden Bedarf für die Finanzierung von Leistungen im Schienenpersonennahverkehr hat. <sup>2</sup>Dem Bedarf nach Satz 1 sind die Finanzmittel hinzuzurechnen, die im Vergleich zum Fahrplan 2007 infolge einer Verringerung des Bedienungsangebots, infolge von Rationalisierungsmaßnahmen oder infolge von Wettbewerbsmaßnahmen frei werden; diese Mittel sind vom Aufgabenträger nach Satz 1 im Rahmen der Zweckbestimmung des § 6 Abs. 1 RegG zu verwenden. <sup>3</sup>Zusätzlich erhält die Region Hannover bis zu 0,37968 vom Hundert der Finanzmittel, die dem Land nach dem Regionalisierungsgesetz zustehen, als Finanzhilfe zur Abdeckung von Betriebskostendefiziten für die Bestellung von Betriebsleistungen im Schienenpersonennahverkehr, die das nach dem Fahrplan 2007 bestehende Angebot ergänzen. <sup>4</sup>Werden die Finanzmittel nach Satz 3 für den dort genannten Zweck nicht vollständig benötigt, so erhält die Hälfte des verbleibenden Teils der Zweckverband „Großraum Braunschweig“**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit  
und Verkehr

als Finanzhilfe zur Finanzierung von Verkehrsleistungen in strukturschwachen ländlichen Räumen und zur Förderung von Verkehrsprojekten; die andere Hälfte dieser Mittel steht für dieselben Zwecke dem Land zu.

(2) <sup>1</sup>Auf die Finanzmittel, die nach Absatz 1 den Aufgabenträgern nach § 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 zustehen, werden Zahlungen des Landes nach § 145 Abs. 3 des Neunten Buchs des Sozialgesetzbuchs angerechnet, zu denen das Land dadurch verpflichtet wird, dass Schienenpersonennahverkehrsleistungen der Deutschen Bahn AG durch Nahverkehrsleistungen anderer Verkehrsunternehmen oder anderer Art ersetzt werden. <sup>2</sup>Die Anrechnung erfolgt bei dem Aufgabenträger, in dessen Gebiet der Verkehr stattfindet, für den die Zahlungen nach Satz 1 geleistet werden.

(3) <sup>1</sup>Wird vom Land als Aufgabenträger eine Verringerung des Bedienungsangebots im Schienenpersonennahverkehr gegenüber dem Fahrplan 2001/2002 veranlasst, die Leistungen betrifft, die nach den Berechnungsgrundlagen des Ersten Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes vom 26. Juni 2002 (BGBl. I S. 2264) als bedarfsgerecht gelten, so weist das Land den Aufgabenträgern nach § 4 Abs. 1 Nr. 3, auf deren Gebiet die Verringerung des Bedienungsangebots vorgenommen wird, als Finanzhilfe die Mittel zu, die für die Bestellung von Ersatzleistungen im sonstigen öffentlichen Personennahverkehr erforderlich sind; die Finanzhilfe ist begrenzt auf die Höhe der frei werdenden Mittel. <sup>2</sup>Im Übrigen stehen die Mittel dem Land zu.

(4) <sup>1</sup>Die Aufgabenträger nach § 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 3 erhalten Finanzhilfen zur Abdeckung von Verwaltungskosten einschließlich der Kosten für die Erstellung der Nahverkehrspläne. <sup>2</sup>Die Finanzhilfe beträgt jährlich 1 Euro je Einwohner, jedoch mindestens 100 000 Euro.

(5) <sup>1</sup>Von den Finanzmitteln, die dem Land nach dem Regionalisierungsgesetz zustehen, erhalten die kommunalen Aufgabenträger (§ 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 3) als Finanzhilfe:

1. 1,07681 vom Hundert die Region Hannover,

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit  
und Verkehr

2. 1,29607 vom Hundert der Zweckverband  
,Großraum Braunschweig‘,
3. 3,34497 vom Hundert die Aufgabenträger  
nach § 4 Abs. 1 Nr. 3, wobei die Verteilung  
jeweils zu zwei Dritteln nach dem Verhält-  
nis der Einwohnerzahlen und zu einem  
Drittel nach den Flächenanteilen erfolgt;

einen Anteil von 6,74456 vom Hundert erhält  
das Land als Aufgabenträger nach § 4 Abs. 1  
Nr. 2. <sup>2</sup>Über die Verwendung der übrigen  
Finanzmittel nach dem Regionalisierungsgesetz  
entscheidet das Land.

(6) <sup>1</sup>Als Einwohnerzahl gilt das von der  
Landesstatistikbehörde aufgrund einer allge-  
meinen Zählung der Bevölkerung (Volkszäh-  
lung) und deren Fortschreibung für den 30. Juni  
des Vorjahres ermittelte Ergebnis, jedoch in  
Jahren, in denen eine Volkszählung stattgefun-  
den hat, der Tag der Volkszählung. <sup>2</sup>Die Flä-  
chenanteile werden nach den von der Landes-  
statistikbehörde zum 31. Dezember des vorver-  
gangenen Jahres mitgeteilten Flächen berech-  
net.

(7) Die nach Absatz 5 Satz 1 verteilten Mit-  
tel sind zu verwenden

1. für Investitionen in die Verbesserung des  
öffentlichen Personennahverkehrs ein-  
schließlich des Neu- und Ausbaus von  
Bushaltestellen,
2. zur Förderung der Zusammenarbeit der  
Aufgabenträger,
3. zur Förderung von Tarif- und Verkehrsge-  
meinschaften sowie Verkehrsverbänden  
einschließlich des Ausgleichs verbundbe-  
dingter Mehrkosten,
4. zur Abdeckung von Betriebskostendefizi-  
ten im öffentlichen Schienenpersonennah-  
verkehr,

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

b) In Absatz 7 Nr. 5 wird der letzte Halbsatz

„soweit der Aufgabenträger ergänzende Betriebsleistungen nach dem 1. Januar 2005 vertraglich vereinbart oder auferlegt hat,“

gestrichen.

„(9) <sup>1</sup>Die Aufgabenträger nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und 3 haben dem Land die zweckentsprechende Verwendung der Finanzmittel nach § 7 Abs. 1 und Abs. 5 nachzuweisen. <sup>2</sup>Die ab dem 01.01.2017 nach § 7 Abs. 5 zugewiesenen Mittel sind innerhalb von zwei Jahren nach Ende des Kalenderjahres, in dem die Zuweisung erfolgt, zweckentsprechend zu verwenden. <sup>3</sup>Die Verwendung der Mittel nach Satz 2 ist dem Land jährlich innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des in Satz 2 bestimmten Zeitraumes durch einen Verwendungsnachweis darzulegen. <sup>4</sup>Nach § 7 Abs. 5 zugewiesene Mittel sind dem Land zurück zu erstatten, wenn sie nicht innerhalb des in Satz 2 bestimmten Zeitraums zweckentsprechend verwendet wurden.“

2. Nach § 7 werden die folgenden §§ 7 a bis 7 d eingefügt:

„§ 7 a

Ausgleichszahlungen für die Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr

(1) <sup>1</sup>Die Aufgabenträger im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 1 und 3 (kommunale Aufgabenträger)

5. zur Abdeckung von Betriebskostendefiziten im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr,

6. zur Förderung der Vermarktung und zur Verbesserung der Fahrgastinformation und

7. zur Durchführung von Verkehrserhebungen.

**(8) Das Land gewährt nach Maßgabe von Richtlinien des Fachministeriums auf der Grundlage der Nahverkehrspläne Zuwendungen, insbesondere zur Investitionsförderung, aus den Finanzmitteln, die dem Land nach dem Regionalisierungsgesetz zustehen.**

(9) <sup>1</sup>Die **kommunalen** Aufgabenträger (§ 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 3) haben dem Land die zweckentsprechende Verwendung der **Finanzhilfen** nach **den Absätzen 1 und \_\_\_\_\_ 5** nachzuweisen. <sup>2 bis 4</sup> \_\_\_\_\_ (jetzt in Absatz 10)

**(10) <sup>1</sup>Die ab dem 1. Januar 2017 nach \_\_\_\_\_ Absatz 5 zugewiesenen Finanzhilfen sind innerhalb der beiden \_\_\_\_\_ Kalenderjahre, die dem Jahr der Gewährung der Finanzhilfe folgen, zweckentsprechend zu verwenden. <sup>2</sup>Die zweckentsprechende Verwendung der Mittel \_\_\_\_\_ ist dem Land \_\_\_\_\_ innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des \_\_\_\_\_ Verwendungszeitraumes \_\_\_\_\_ nachzuweisen. <sup>3</sup>Das Land kann \_\_\_\_\_ Finanzhilfen von den Aufgabenträgern durch Leistungsbescheid zurückfordern, soweit diese die Finanzhilfe oder Dritte die an sie weitergegebenen Mittel zweckwidrig oder nicht fristgerecht verwendet haben.“**

2. Nach § 7 werden die folgenden §§ 7 a bis 7 d eingefügt:

„§ 7 a

Ausgleichszahlungen für \_\_\_\_\_ **den** Ausbildungsverkehr im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr

(1) <sup>1</sup>**Dem** kommunalen Aufgabenträger nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 **oder** 3 \_\_\_\_\_ **obliegt die**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

haben in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich eine Rabattierung der Zeitfahrausweise für den Ausbildungsverkehr auf sämtlichen Linienverkehren des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs in Höhe von mindestens 25 vom Hundert des jeweiligen Tarifes der vergleichbaren Zeitfahrausweise des Nichtausbildungsverkehrs zu gewährleisten. <sup>2</sup>Die Basis der Rabattierungsverpflichtung bildet ein Vergleich zwischen dem Zeitfahrausweisangebot des Ausbildungs- und dem des Nichtausbildungsverkehrs entsprechend der räumlichen und kalendarischen Gültigkeit. <sup>3</sup>Die von der Mindestrabattierung nach Satz 1 zu begünstigenden Auszubildenden bestimmen sich nach der Definition des § 1 Abs. 1 der Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Straßenpersonenverkehr vom 2. August 1977 (BGBl. I S. 1460), zuletzt geändert durch Artikel 5 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931, 965). <sup>4</sup>Die Rabattierungsverpflichtung gilt nur für den Ausbildungsverkehr, der auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen erbracht wird. <sup>5</sup>Erstreckt sich der Verkehr auch auf ein Gebiet außerhalb Niedersachsens, so endet die Rabattierungsverpflichtung in ihrer räumlichen Geltung an der Landesgrenze.

(2) <sup>1</sup>Zur Abgeltung der in Verbindung mit der Gewährleistung der Rabattierung nach Absatz 1 entstehenden Kosten sowie zur Sicherstellung und Entwicklung eines hochwertigen und kostengünstigen Verkehrsangebotes im Ausbildungsverkehr und bei der Beförderung im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr insgesamt gewährt das Land den kommunalen Aufgabenträgern ab dem Kalenderjahr 2017 eine jährliche Zuweisung aus den Mitteln nach § 7 Abs. 5 Satz 2 in Höhe des in der Anlage zu dieser Vorschrift genannten Gesamtbetrages. <sup>2</sup>Davon stehen den jeweiligen kommunalen Aufgabenträgern für ihren Zuständigkeitsbereich die in der Anlage zu dieser Vorschrift bezifferten Beträge zu. <sup>3</sup>Soweit die in der Anlage aufgeführten Gebietskörperschaften ihre Aufgabenträgerschaft aus § 4 Abs. 1 auf einen Zweckverband übertragen haben, stehen diesem die für ihr Gebiet in der Anlage aufgeführten Beträge zu. <sup>4</sup>Für den Fall, dass der jeweilige Aufgabenträger seine Aufgabenträgerschaft auf der Grundlage des § 4 Abs. 2 einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts übertragen hat, muss er dieser einen angemessenen Teil der ihm nach Satz 2 bzw. 3 zustehenden Beträge zukommen lassen. <sup>5</sup>Der der Körperschaft nach Satz 4 zu

**Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsbedienung für Personen mit Zeitfahrausweisen** \_\_\_\_\_ **des** \_\_\_\_\_ **Ausbildungsverkehrs** \_\_\_\_\_ **im** \_\_\_\_\_ **straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr.** <sup>1</sup>**Bestandteil dieser Verpflichtung ist, dass der Aufgabenträger zu gewährleisten hat, dass** \_\_\_\_\_ **Zeitfahrausweise im straßengebundenen Ausbildungsverkehr auf sämtlichen Linienverkehren um mindestens 25 vom Hundert gegenüber** \_\_\_\_\_ **Zeitfahrausweisen des Nichtausbildungsverkehrs mit räumlich und zeitlich vergleichbarer Gültigkeit ermäßigt werden.** <sup>2</sup>\_\_\_\_\_ *(jetzt in Satz 1/1)* <sup>3</sup>**Ausbildungsverkehr ist die Beförderung von Auszubildenden im Sinne** \_\_\_\_\_ **des § 1 Abs. 1 der Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Straßenpersonenverkehr vom 2. August 1977 (BGBl. I S. 1460), zuletzt geändert durch Artikel 5 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931, 965).** <sup>4</sup>\_\_\_\_\_ *(in Satz 5 enthalten)* <sup>5</sup>Erstreckt sich **ein Linienverkehr** auch auf ein Gebiet außerhalb Niedersachsens, so endet die \_\_\_\_\_ **Verpflichtung nach den Sätzen 1 und 1/1** \_\_\_\_\_ **an der Landesgrenze.**

(2) <sup>1</sup>Zur Sicherstellung \_\_\_\_\_ eines hochwertigen und kostengünstigen Verkehrsangebotes im Ausbildungsverkehr und bei der Beförderung im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr insgesamt sowie zur Abgeltung der in Verbindung mit \_\_\_\_\_ **der Aufgabe** nach Absatz 1 entstehenden Kosten gewährt das Land den **einzelnen** kommunalen Aufgabenträgern (**§ 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 3**) ab dem Kalenderjahr 2017 eine jährliche **Finanzhilfe** aus den Mitteln nach § 7 Abs. 5 Satz 2 in Höhe des **jeweils** in der **Anlage 1** aufgeführten **Betrages.** <sup>2</sup>\_\_\_\_\_ *(jetzt in Satz 1)* <sup>3</sup>Soweit die in der Anlage 1 aufgeführten Gebietskörperschaften ihre Aufgabenträgerschaft aus § 4 Abs. 1 auf einen Zweckverband übertragen haben, stehen diesem die für ihr Gebiet in der Anlage 1 aufgeführten Beträge zu. <sup>4</sup>**Soweit** \_\_\_\_\_ der jeweilige Aufgabenträger seine Aufgabenträgerschaft **gemäß § 4 Abs. 2** einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts übertragen hat, muss er dieser einen angemessenen **Anteil** der ihm nach Satz 1 **oder** 3 zustehenden Beträge zukommen lassen. <sup>5</sup>**Als angemessen gilt der Anteil nach Satz 4, wenn er mindestens der Summe aller Ausgleichsbeträge entspricht, die sich für Verkehrsunterneh-**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

stehende Betrag bemisst sich nach den Fahrplankilometern im Linienverkehr, die im Fahrleistungsjahr 2015 in ihrem Zuständigkeitsgebiet erbracht und für die nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz bzw. zur Abgeltung dieses Anspruches auf vertraglicher Basis durch das Land für ein oder mehrere berechnete Verkehrsunternehmen anteilig Leistungen gezahlt worden sind.

(3) Der jeweilige kommunale Aufgabenträger entscheidet in eigener Zuständigkeit unter Berücksichtigung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen, insbesondere der Verordnung (EG) Nummer 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nummer 1191/69 und (EWG) Nummer 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3. Dezember 2007, S. 1), darüber, wie er die Rabattierungsverpflichtung des Absatzes 1 verwirklicht.

(4) <sup>1</sup>Aus den nach Absatz 2 zugewiesenen Mitteln haben die jeweiligen kommunalen Aufgabenträger etwaige Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen oder sonstige Leistungen für die Gewährleistung der Rabattierung gemäß Absatz 1 zu finanzieren. <sup>2</sup>Hierneben ist der jeweilige kommunale Aufgabenträger berechtigt, die Mittel für die nachstehend aufgeführten Zwecke des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs zu verwenden:

1. andere Rabattierungsausgleiche bei der Festsetzung von Höchsttarifen für alle Fahrgäste oder bestimmte Gruppen von Fahrgästen,
2. die in § 7 Abs. 7 Nr. 1 bis 3 und 5 bis 7 dieses Gesetzes benannten Tatbestände.

(nachrichtlich Absatz 3 des Entwurfs:)

(3) Der jeweilige kommunale Aufgabenträger entscheidet in eigener Zuständigkeit unter Berücksichtigung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen, insbeson-

men aus § 45 a PBefG oder aus einer vertraglichen Abgeltung dieses Anspruches durch das Land für **Verkehrsleistungen** im Linienverkehr, \_\_\_\_\_ im \_\_\_\_\_ Gebiet der Körperschaft **(Satz 4) für das Fahrleistungsjahr 2015 ergeben; die einzelnen Ausgleichsbeträge für diese Verkehrsleistungen sind für jedes Unternehmen anhand der Fahrplankilometer zu ermitteln, die von dem Unternehmen im Gebiet der Körperschaft erbracht worden sind.**

(3) **wird (hier) gestrichen** (jetzt Absatz 4/1)

(4) <sup>1</sup>**Soweit dies zur Sicherstellung im Sinne des Absatzes 1 erforderlich ist, hat der jeweilige \_\_\_\_\_ Aufgabenträger aus den \_\_\_\_\_ Mitteln nach Absatz 2 \_\_\_\_\_ Leistungen an Verkehrsunternehmen zum Ausgleich der im Ausbildungsverkehr nicht gedeckten Kosten oder Verluste zu erbringen.** <sup>2</sup>Die übrigen Mittel kann er auch für

1. **Leistungen an Verkehrsunternehmen zum Ausgleich von nicht gedeckten Kosten oder Verlusten \_\_\_\_\_ bei der Beförderung** aller Fahrgäste oder bestimmter Gruppen von Fahrgästen im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr **oder**
2. die in § 7 Abs. 7 Nrn. 1 bis 3 und 5 bis 7 benannten **Zwecke, auch im sonstigen öffentlichen Personennahverkehr,**

verwenden.

**(4/1) <sup>1</sup>Der jeweilige \_\_\_\_\_ Aufgabenträger ist frei in seiner Entscheidung \_\_\_\_\_, wie er seiner Aufgabe nach Absatz 1 \_\_\_\_\_ im Einklang**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

dere der Verordnung (EG) Nummer 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nummer 1191/69 und (EWG) Nummer 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3. Dezember 2007, S. 1), darüber, wie er die Rabattierungsverpflichtung des Absatzes 1 verwirklicht.

(5) <sup>1</sup>Die Verwendung der Mittel ist dem Land jährlich innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss eines Kalenderjahres nachzuweisen. <sup>2</sup>Im Übrigen gelten § 7 Abs. 9 Sätze 2 bis 4 entsprechend.

(6) Die Absätze 1 bis 5 ersetzen gemäß § 64 a des Personenbeförderungsgesetzes die §§ 45 a und 57 Abs. 1 Nr. 9 des Personenbeförderungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 14 Vergaberechtsmodernisierungsgesetz vom 17. Juni 2016 (BGBl. I S. 203), sowie die aufgrund von § 57 Abs. 1 Nr. 9 des Personenbeförderungsgesetzes erlassene Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Straßenpersonenverkehr vom 2. August 1977 (BGBl. I S. 1460), zuletzt geändert durch Artikel 5 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931, 965).

(7) Für die Aufgabenwahrnehmung durch das Land und die hiermit verbundenen Zuständigkeiten finden die §§ 8 Satz 2 bis 4 und 8 a entsprechende Anwendung.

#### § 7 b

Finanzielle Unterstützung für die Weiterentwicklung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs

(1) <sup>1</sup>Zur Weiterentwicklung eines qualitativ hochwertigen Angebots im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr, der insbesondere auch die Bedürfnisse des demografischen Wandels aufgreift, gewährt das Land den kommunalen Aufgabenträgern ab dem Kalenderjahr 2017 eine weitere jährliche Zuweisung aus den Mitteln nach § 7 Abs. 5 Satz 2 in Höhe des in der Anlage zu dieser Vorschrift genannten Gesamtbetrages. <sup>2</sup>Davon stehen den jeweiligen kommunalen Aufgabenträgern für ihren Zuständigkeitsbereich die in der Anlage zu dieser Vorschrift bezifferten Beträge zu. <sup>3</sup>§ 7 a Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend. <sup>4</sup>Für den

mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 \_\_\_\_\_ nachkommt. <sup>2</sup>Das gilt auch für die Mittelverwendung nach Absatz 4 Satz 2.

(5) <sup>1</sup>Der jeweilige Aufgabenträger hat dem Land \_\_\_\_\_ innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss eines **jeden** Kalenderjahres **über** die Verwendung der Mittel **zu berichten**. <sup>2</sup>Im Übrigen **gilt** § 7 Abs. **10** \_\_\_\_\_ entsprechend.

(6) Die Absätze 1 bis 5 ersetzen \_\_\_\_\_ die §§ 45 a und 57 Abs. 1 Nr. 9 **PBefG** \_\_\_\_\_ sowie die \_\_\_\_\_ Verordnung über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Straßenpersonenverkehr \_\_\_\_\_.

(7) **wird gestrichen** (jetzt in Artikel 1 Nrn. 2/1 und 2/2 - §§ 8, 8a)

#### § 7 b

Finanzielle Unterstützung für die Weiterentwicklung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs

(1) <sup>1</sup>\_\_\_\_\_ Das Land gewährt den kommunalen Aufgabenträgern (**§ 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 3**) ab dem Kalenderjahr 2017 eine weitere jährliche **Finanzhilfe** aus den Mitteln nach § 7 Abs. 5 Satz 2 in Höhe \_\_\_\_\_ **der** in der **Anlage 2** \_\_\_\_\_ **genannten** Beträge \_\_\_\_\_. <sup>2</sup>\_\_\_\_\_ (Satz 2 jetzt in Satz 1) <sup>3</sup>§ 7 a Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend. <sup>4</sup>**Soweit** der jeweilige Aufgabenträger seine Aufgabenträgerschaft **gemäß** § 4 Abs. 2 einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts übertragen hat, muss er dieser einen angemessenen **Anteil des** ihm nach **Satz 1 oder 3** zustehenden **Betrages**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Fall, dass der jeweilige Aufgabenträger seine Aufgabenträgerschaft auf der Grundlage des § 4 Abs. 2 einer anderen Körperschaft des öffentlichen Rechts übertragen hat, muss er dieser einen angemessenen Teil der ihm nach Satz 2 bzw. 3 zustehenden Beträge zukommen lassen.<sup>5</sup>Dieser ist je mit einem Drittel anhand des Anteils der auf das jeweilige Zuständigkeitsgebiet entfallenden Einwohnerzahl, Fläche und dessen demografischer Entwicklung zu bemessen.

(2)<sup>1</sup>Die nach Absatz 1 zugewiesenen Mittel sollen insbesondere für die Entwicklung von Angeboten im Rahmen der flexiblen Bedienformen verwendet werden.<sup>2</sup>Sie dürfen auch für andere Maßnahmen der jeweiligen kommunalen Aufgabenträger eingesetzt werden, mit denen der straßengebundene öffentliche Personennahverkehr qualitativ oder quantitativ weiterentwickelt wird.

(3) § 7 a Abs. 5 und 7 gelten entsprechend.

#### § 7 c

#### Transparenz und Überprüfung von Wirkungen der Finanzaufweisung

(1)<sup>1</sup>Abweichend von § 6 Abs. 1 Satz 1 haben die jeweiligen kommunalen Aufgabenträger unter Berücksichtigung der zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten gemäß §§ 7 a und 7 b bis zum Ablauf des 31. Dezember 2019 einen aktualisierten Nahverkehrsplan für ihren Zuständigkeitsbereich aufzustellen, im Übrigen bleiben § 6 Abs. 1 bis 5 unberührt.<sup>2</sup>Kommt der jeweilige kommunale Aufgabenträger seiner Verpflichtung aus Satz 1 nicht nach, so erfolgt die Zuweisung gemäß den §§ 7 a und 7 b nach dem 1. Januar 2020 erst nach Vorlage des aktualisierten Nahverkehrsplans.<sup>3</sup>Abweichungen von Satz 2 sind in besonderen Einzelfällen mit Zustimmung des Fachministeriums zulässig.

(2)<sup>1</sup>Zum 1. Januar 2019 und danach jeweils im Abstand von zwei Jahren haben die kommunalen Aufgabenträger dem Land für ihren Zuständigkeitsbereich einen Qualitätsbericht vorzulegen, in dem die insgesamt sowie auf der Grundlage der Mittelzuweisungen nach den §§ 7 a und 7 b erzielten Verbesserungen im straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr darzustellen sind.

zukommen lassen.<sup>3</sup>Dieser **Anteil** ist mit **jeweils** einem Drittel **nach** der Einwohnerzahl, **der** Fläche und **der** demografischen Entwicklung **des** Gebiets zu bemessen, **für das die Aufgabe übertragen wurde**.

(2)<sup>1</sup>Die nach Absatz 1 zugewiesenen Mittel sollen insbesondere für die Entwicklung von Angeboten, **die den Linienverkehr in Räumen und Zeiten schwacher Nachfrage ergänzen und besonders auf wechselnde Nachfrage zugeschnitten sind** (flexible Bedienformen), verwendet werden.<sup>2</sup>Sie dürfen auch für andere Maßnahmen **des** \_\_\_\_\_ Aufgabenträgers eingesetzt werden, mit denen der straßengebundene öffentliche Personennahverkehr **verbessert** oder **erweitert** wird.<sup>3</sup>**§ 7 a Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 gilt entsprechend.**

(3) § 7 a Abs. 5 \_\_\_\_\_ **gilt** entsprechend.

#### § 7 c

#### Anpassung der Nahverkehrsplanung, Berichtspflicht

(1)<sup>1</sup>Abweichend von § 6 Abs. 1 Satz 1 haben die \_\_\_\_\_ kommunalen Aufgabenträger (**§ 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 3**) unter Berücksichtigung der zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten gemäß **den** §§ 7 a und 7 b bis zum Ablauf des 31. Dezember 2019 **jeweils ihren** Nahverkehrsplan \_\_\_\_\_ **anzupassen und fortzuschreiben**; im Übrigen bleibt § 6 Abs. 1 bis 5 unberührt.<sup>2</sup>Kommt **ein** \_\_\_\_\_ kommunaler Aufgabenträger seiner Verpflichtung **nach** Satz 1 nicht nach, so erfolgt die **Gewährung der Finanzhilfe** gemäß den §§ 7 a und 7 b nach dem 1. Januar 2020 erst nach Vorlage des \_\_\_\_\_ Nahverkehrsplans **nach Satz 1**.<sup>3</sup>**Das** Fachministerium **kann** in besonderen Einzelfällen Abweichungen von Satz 2 **zulassen**.

(2)<sup>1</sup>Zum 1. Januar 2019 und danach jeweils im Abstand von zwei Jahren haben die kommunalen Aufgabenträger (**§ 4 Abs. 1 Nrn. 1 und 3**) dem Land für ihren Zuständigkeitsbereich einen \_\_\_\_\_ Bericht vorzulegen, in dem **jeweils** die insgesamt sowie **die infolge der Finanzhilfeszahlungen** nach den §§ 7 a und 7 b erzielten Verbesserungen im straßengebundenen öffentlichen Personennah-

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

<sup>2</sup>Nach dem 1. Januar 2019 erfolgt die Auszahlung der Zuweisungen gemäß den §§ 7 a und 7 b erst, wenn die Verpflichtung nach Satz 1 erfüllt worden ist. <sup>3</sup>Abweichungen von Satz 2 sind in besonderen Einzelfällen mit Zustimmung des Fachministeriums zulässig.

(3) <sup>1</sup>Die Landesregierung überprüft bis zum 31. Dezember 2021 auf der Grundlage der Zielsetzungen der §§ 7 a, 7 b und 7 d die Auswirkungen dieser Vorschriften. <sup>2</sup>Ein Bericht über das Ergebnis der Evaluation ist dem Landtag vorzulegen.

#### § 7 d

Rabattierung des Ausbildungsverkehrs im schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr

(1) <sup>1</sup>Die Aufgabenträger im Sinne des § 4 Abs. 1 Nr. 1 und 2 haben in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich eine Rabattierung der Zeitfahrweise für den Ausbildungsverkehr auf sämtlichen Strecken des schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs in Höhe von mindestens 25 vom Hundert des jeweiligen Tarifs der vergleichbaren Zeitfahrweise des Nichtausbildungsverkehrs zu gewährleisten. <sup>2</sup>§ 7 a Abs. 1 Satz 2 bis 5 gelten entsprechend.

(2) Der jeweilige Aufgabenträger entscheidet in eigener Zuständigkeit unter Berücksichtigung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen, insbesondere der Verordnung (EG) Nummer 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nummer 1191/69 und (EWG) Nummer 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3. Dezember 2007, S. 1), darüber, wie er die Rabattierungsverpflichtungen des Absatzes 1 verwirklicht.

(3) Die Absätze 1 und 2 ersetzen gemäß § 6 h des Allgemeinen Eisenbahngesetzes die nach Artikel 8 § 2 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378) fortgeltenden §§ 6 a, 6 c, 6 e und 6 f des Allgemeinen Eisenbahngesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 930-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2598), und die Verordnung über den Ausgleich

verkehr darzustellen sind (Qualitätsbericht). <sup>2</sup>Die Auszahlung der **Finanzhilfen** gemäß den §§ 7 a und 7 b erfolgt **für die Kalenderjahre ab 2019** erst, **soweit die jeweilige Berichtspflicht** \_\_\_\_\_ erfüllt worden ist. <sup>3</sup>**Das** Fachministerium **kann** in besonderen Einzelfällen Abweichungen von Satz 2 **zulassen**.

(3) <sup>1</sup>Die Landesregierung überprüft bis zum 31. Dezember 2021 \_\_\_\_\_ die Auswirkungen der §§ 7 a, 7 b und 7 d \_\_\_\_\_. <sup>2</sup>Über das Ergebnis **berichtet sie** dem Landtag.

#### § 7 d

**Sicherstellung** des schienengebundenen Ausbildungsverkehrs \_\_\_\_\_

(1) <sup>1</sup>**Dem** Aufgabenträger **nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Verkehrsbedienung für Personen mit Zeitfahrweisen des** Ausbildungsverkehrs \_\_\_\_\_ **im** schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr. <sup>2</sup>§ 7 a Abs. 1 **Sätze 1/1 bis 5 und Abs. 4/1 gilt** entsprechend.

(2) **wird gestrichen** (jetzt in Absatz 1 Satz 2)

(3) **Absatz 1** \_\_\_\_\_ ersetzt \_\_\_\_\_ die nach Artikel 8 § 2 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378) fortgeltenden §§ 6 a **bis** 6 f des Allgemeinen Eisenbahngesetzes in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 930-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2598), und die Verordnung über den Ausgleich gemeinschaftlicher Leistungen im Eisenbahnverkehr

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Eisenbahnverkehr vom 2. August 1977 (BGBl. I S. 1465), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931).“

vom 2. August 1977 (BGBl. I S. 1465), zuletzt geändert durch **Artikel 5 Nr. 2 des** Gesetzes vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931, **965**).“

**2/1. In § 8 Satz 2 werden die Worte „nach § 7“ durch die Worte „nach den §§ 7 bis 7 d“ ersetzt und die Worte „der Verordnung nach § 7 Abs. 1 Satz 1 und“ gestrichen.**

**2/2. § 8 a Abs. 2 Nr. 2 erhält folgende Fassung:**

**„2. die Förderung von Vorhaben des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich der Förderung der Anschaffung von Omnibussen sowie der Gewährung und Rückforderung von Finanzhilfen für das Land nach den §§ 7 bis 7 b, auch in Verbindung mit § 7 Abs. 10,“.**

3. Am Ende des Gesetzestextes werden die folgenden Anlagen angefügt:

3. **Es** werden die folgenden Anlagen **1 und 2** angefügt:

„**Anlage** zu § 7 a Abs. 2 Satz 2 Gesetzentwurf Änderung NNVG

„**Anlage 1**  
(zu § 7 a Abs. 2 Satz 2)

Ammerland LK	2.026.910 €
Aurich LK	2.618.468 €
Braunschweig Stadt	2.750.625 €
Celle LK	1.608.032 €
Cloppenburg LK	1.710.159 €
Cuxhaven LK	1.251.279 €
Delmenhorst Stadt	88.599 €
Diepholz LK	2.922.918 €
Emden Stadt	278.263 €
Emsland LK	5.518.355 €
Friesland LK	1.503.171 €
Gifhorn LK	3.513.852 €
Goslar LK	1.087.193 €
Göttingen LK	1.249.712 €
Göttingen Stadt	953.968 €
Grafschaft Bentheim LK	2.241.425 €
HamelN-Pyrmont LK	1.188.530 €
Hannover Region	11.422.473 €
Harburg LK	1.670.604 €
Heidekreis LK	1.047.390 €
Helmstedt LK	1.090.019 €

Landkreis Ammerland	<b>2.174.657 €</b>
Landkreis Aurich	<b>2.598.899 €</b>
Stadt Braunschweig	<b>2.716.300 €</b>
Landkreis Celle	<b>1.716.064 €</b>
Landkreis Cloppenburg	<b>1.718.883 €</b>
Landkreis Cuxhaven	<b>1.244.132 €</b>
Stadt Delmenhorst	<b>89.483 €</b>
Landkreis Diepholz	<b>2.790.862 €</b>
Stadt Emden	<b>276.912 €</b>
Landkreis Emsland	<b>5.856.963 €</b>
Landkreis Friesland	<b>1.415.839 €</b>
Landkreis Gifhorn	<b>3.501.997 €</b>
Landkreis Goslar	<b>1.274.879 €</b>
Landkreis Göttingen	<b>1.254.069 €</b>
Stadt Göttingen	953.968 €
Landkreis Grafschaft Bentheim	<b>2.479.917 €</b>
Landkreis Hameln-Pyrmont	<b>1.214.578 €</b>
Region Hannover	<b>11.427.364 €</b>
Landkreis Harburg	<b>1.665.484 €</b>
Landkreis Heidekreis	<b>1.133.047 €</b>
Landkreis Helmstedt	<b>1.160.427 €</b>

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit  
und Verkehr

Hildesheim LK	1.931.397 €
Holzminden LK	674.804 €
Leer LK	2.087.688 €
Lüchow-Dannenberg LK	568.613 €
Lüneburg LK	1.926.218 €
Nienburg LK	1.691.457 €
Northeim LK	813.045 €
Oldenburg LK	1.760.958 €
Oldenburg Stadt	1.725.731 €
Osnabrück LK	6.865.486 €
Osnabrück Stadt	3.634.322 €
Osterholz LK	1.017.993 €
Osterode LK	369.765 €
Peine LK	727.213 €
Rotenburg LK	1.681.756 €
Salzgitter Stadt	1.487.034 €
Schaumburg LK	812.156 €
Stade LK	1.209.343 €
Uelzen LK	620.466 €
Vechta LK	1.886.660 €
Verden LK	1.927.469 €
Wesermarsch LK	996.337 €
Wilhelmshaven Stadt	462.687 €
Wittmund LK	1.825.681 €
Wolfenbüttel LK	1.407.973 €
Wolfsburg Stadt	1.584.154 €
<b>Gesamtbetrag:</b>	<b>89.438.352 €</b>

Landkreis Hildesheim	<b>1.862.914 €</b>
Landkreis Holzminden	<b>704.154 €</b>
Landkreis Leer	<b>1.999.130 €</b>
Landkreis Lüchow-Dannenberg	<b>568.720 €</b>
Landkreis Lüneburg	<b>1.926.143 €</b>
Landkreis Nienburg	<b>1.735.989 €</b>
Landkreis Northeim	<b>819.480 €</b>
Landkreis Oldenburg	<b>1.697.571 €</b>
Stadt Oldenburg	<b>1.818.470 €</b>
Landkreis Osnabrück	<b>6.423.941 €</b>
Stadt Osnabrück	<b>3.760.815 €</b>
Landkreis Osterholz	<b>1.053.987 €</b>
Landkreis Osterode	369.765 €
Landkreis Peine	<b>759.469 €</b>
Landkreis Rotenburg	<b>1.707.204 €</b>
Stadt Salzgitter	<b>1.176.573 €</b>
Landkreis Schaumburg	<b>827.854 €</b>
Landkreis Stade	<b>1.204.635 €</b>
Landkreis Uelzen	620.466 €
Landkreis Vechta	<b>1.893.811 €</b>
Landkreis Verden	<b>1.941.695 €</b>
Landkreis Wesermarsch	<b>1.010.172 €</b>
Stadt Wilhelmshaven	<b>490.806 €</b>
Landkreis Wittmund	<b>1.842.336 €</b>
Landkreis Wolfenbüttel	<b>1.407.798 €</b>
Stadt Wolfsburg	<b>1.582.805 €</b>
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>89.871.427 €</b>

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit  
und Verkehr

**Anlage** zu § 7 b Abs. 1 Satz 2 Gesetzentwurf Än-  
derung NNVG

**Anlage 2**  
(zu § 7 b Abs. 1 Satz 2)

*unverändert*

Ammerland LK	204.123 €
Aurich LK	447.417 €
Braunschweig Stadt	238.576 €
Celle LK	553.565 €
Cloppenburg LK	336.881 €
Cuxhaven LK	655.448 €
Delmenhorst Stadt	160.223 €
Diepholz LK	582.924 €
Emden Stadt	146.722 €
Emsland LK	692.358 €
Friesland LK	378.711 €
Gifhorn LK	480.779 €
Goslar LK	590.628 €
Göttingen LK	389.071 €
Göttingen Stadt	122.398 €
Grafschaft Bentheim LK	323.930 €
Hamelin-Pyrmont LK	529.450 €
Hannover Region	1.295.034 €
Harburg LK	383.168 €
Heidekreis LK	566.441 €
Helmstedt LK	478.252 €
Hildesheim LK	631.476 €
Holzminden LK	528.802 €
Leer LK	333.660 €
Lüchow-Dannenberg LK	459.530 €
Lüneburg LK	337.028 €
Nienburg LK	533.269 €
Northeim LK	631.861 €
Oldenburg LK	280.710 €
Oldenburg Stadt	151.477 €
Osnabrück LK	705.478 €
Osnabrück Stadt	150.415 €
Osterholz LK	319.426 €
Osterode LK	569.070 €
Peine LK	342.730 €
Rotenburg LK	580.948 €

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/5836

Empfehlungen des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Salzgitter Stadt	395.797 €
Schaumburg LK	483.629 €
Stade LK	393.458 €
Uelzen LK	508.431 €
Vechta LK	229.772 €
Verden LK	310.040 €
Wesermarsch LK	424.651 €
Wilhelmshaven Stadt	279.631 €
Wittmund LK	305.558 €
Wolfenbüttel LK	423.613 €
Wolfsburg Stadt	133.439 €
Gesamtbetrag:	19.999.997 €“.

Artikel 2

Aufhebung der Verordnungen über die durchschnittlichen verkehrsspezifischen Kosten je Personen-Kilometer nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes und nach § 6 a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes

1. Die Verordnung über die durchschnittlichen verkehrsspezifischen Kosten je Personen-Kilometer nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes vom 17. November 1981 (Nds. GVBl. S. 371), zuletzt geändert durch Artikel 11 der Niedersächsischen Euro-Anpassungsverordnung vom 14. September 2001 (Nds. GVBl. S. 604) wird aufgehoben.
2. Die Verordnung über die durchschnittlichen verkehrsspezifischen Kosten je Personen-Kilometer nach § 6 a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 28. Juni 1994 (Nds. GVBl. S. 281), zuletzt geändert durch Artikel 12 der Niedersächsischen Euro-Anpassungsverordnung vom 14. September 2001 (Nds. GVBl. S. 604), wird aufgehoben.

Artikel 3  
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Artikel 2

Aufhebung von Verordnungen

**Es werden aufgehoben:**

1. **die** Verordnung über die durchschnittlichen verkehrsspezifischen Kosten je Personen-Kilometer nach § 45 a des Personenbeförderungsgesetzes vom 17. November 1981 (Nds. GVBl. S. 371), zuletzt geändert durch Artikel 11 der \_\_\_\_\_ Verordnung vom 14. September 2001 (Nds. GVBl. S. 604), \_\_\_\_\_ **und**
2. **die** Verordnung über die durchschnittlichen verkehrsspezifischen Kosten je Personen-Kilometer nach § 6 a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 28. Juni 1994 (Nds. GVBl. S. 281), zuletzt geändert durch Artikel 12 der \_\_\_\_\_ Verordnung vom 14. September 2001 (Nds. GVBl. S. 604) \_\_\_\_\_.

Artikel 3  
Inkrafttreten

unverändert